

Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates
am Montag, dem 18. September 2017,
im Sitzungssaal des Rathauses von Kleinrinderfeld

Öffentlicher Teil:

Beginn: 19:00 Uhr

Die Erste Bürgermeisterin Eva **Linsenbreder** begrüßt die **Mitglieder des Gemeinderates**, Herrn Markus **Hofmann** (BayernGrund) und die der Sitzung beiwohnenden **Zuhörer**.

TOP 1

Festlegung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 2

Genehmigung der Niederschrift vom 27. Juli 2017

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Niederschrift vom 27. Juli 2017 in der vorliegenden Form gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Gemeindeordnung.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 3

Antrag der CSUKL: Beratung und Beschluss über die Beauftragung der Verwaltung, die Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen zukünftig auch im Internet zu veröffentlichen

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 07.09.2017 beantragte die CSUKL-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, die Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen zukünftig auch im Internet zu veröffentlichen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger online über die anstehenden Themen informieren können.

Auch wenn der Antrag durchaus nachvollziehbar ist, sieht sich die Verwaltung aufgrund der angespannten Personalsituation und der aufgelaufenen Überstunden außer Stande, zusätzliche Arbeiten auszuführen. Selbst bei positiver Entschließung kann sie die zeitnahe Veröffentlichung deshalb nicht garantieren.

Die abschließende Entscheidung liegt aber beim Plenum, welches hiermit um sein Votum gebeten wird.

Nach kurzer Aussprache fassen die **Mitglieder des Gemeinderates** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Tagesordnung der Gemeinderats-sitzungen zukünftig auch im Internet zu veröffentlichen.

Abstimmung: **13 : 2**

TOP 4

Finanzierung von Baugebieten über Erschließungsträger – Vorstellung verschiedener Modelle (Berichterstatter: Markus Hofmann, BayernGrund)

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 06.06.2017 bat die CSUKL-Fraktion, Vertreter namhafter Erschließungsträger (BayernGrund, KFB) zu laden, damit sie dem Plenum die verschiedenen Modelle zur Finanzierung von Baugebieten vorstellen können.

In der Sitzung am Donnerstag, dem 27.07.2017, hat Herr Matthias Henfling die Produkte der KFB erläutert.

Heute darf Herr Markus Hofmann die Mitglieder des Gemeinderates über das Portfolio von BayernGrund informieren.

Im Anschluss an die Vorstellung seines Unternehmens geht Herr **Hofmann** auf die Erschließungsträgerschaft nach § 11 des Baugesetzbuches ein. Er verweist auf Referenzprojekte in der Region, erläutert den Finanzierungsservice von BayernGrund und thematisiert den treuhänderischen Grunderwerb.

Die **Mitglieder des Kommunalparlaments** nehmen seine Ausführungen aufmerksam zur Kenntnis und nutzen die Gelegenheit für Rückfragen.

Nachdem alle Wortmeldungen abgearbeitet sind, schließt die **Vorsitzende** den Tagesordnungspunkt ab.

TOP 5

Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung – Beratung und Beschluss über das weitere Vorgehen

Sachverhalt:

In der Sitzung am Donnerstag, dem 27.07.2017, hatte Herr Martin Bischof (gemeinnützige Gesellschaft für Kriminalprävention und Verkehrssicherheit) dem Plenum das Ergebnis der in der Zeit vom 04.04.2017 bis 28.04.2017 durchgeführten verdeckten Geschwindigkeitsmessungen zur Kenntnis gebracht.

Heute ist es an den Mitgliedern des Gemeinderates, über das weitere Vorgehen in Sachen „Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung“ zu beraten und zu entscheiden.

Dabei gilt es zu bedenken, dass derzeit kein Zweckverband neue Mitglieder aufnimmt und die Etablierung der Kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in Eigenregie trotz Rückgriff auf die gemeinnützige Gesellschaft für Kriminalprävention und Verkehrssicherheit (gGKVS) erhöhte Kosten generieren würde. Die zusätzlichen Arbeiten könnten nur mittels Personalmehrung abgedeckt werden; überdies müsste ein separater Arbeitsplatz mit Anbindung an das AKDB-Verfahren „VOWI“ eingerichtet werden.

Wesentlich günstiger käme es, wenn sich Kleinrinderfeld bei einer der beiden Gemeinden, die die Kommunale Verkehrsüberwachung als Pilotprojekt seit 2017 im Alleingang betreiben (hier: Giebelstadt und Zell am Main), einklinken könnte. Ob, ab wann und unter welchen Konditionen sich diese eine Kooperation vorstellen könnten, wäre im Bedarfsfall abzuklären.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, dass der Gemeinderat – sollte er sich dem Grunde nach für die Einführung der Kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung aussprechen – die Erste Bürgermeisterin mit dem Mandat zum Führen von Verhandlungen mit Giebelstadt und Zell am Main ausstattet. Über das Ergebnis würde in einer der nächsten Sitzungen berichtet. Sodann könnten die Mitglieder des Gremiums abschließend entscheiden.

In der auf den Sachvortrag der Verwaltung folgenden Aussprache im **Plenum** wird auch eine mögliche Kooperation mit Kommunen aus dem ILEK-Gebiet angedacht.

Die **Vorsitzende** ergänzt den Beschlussvorschlag entsprechend und ruft sodann zur Abstimmung auf.

Daraufhin fasst das **Kommunalparlament** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich dem Grunde nach für die Einführung der Kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung aus und beauftragt die Erste Bürgermeisterin, abzuklären, ob mit den Märkten Giebelstadt und Zell am Main oder mit einer der ILEK-Kommunen eine Kooperation möglich ist. Sobald die Rückmeldungen vorliegen, wird das Thema abschließend behandelt.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 6

Freiwillige Feuerwehr – Beratung und Beschluss über den Antrag auf Beschaffung eines Systems zur sicheren Abstützung verunfallter Fahrzeuge sowie auf Finanzierung zwei weiterer Führerscheine der Fahrerlaubnisklasse C

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 17.08.2017 (wurde bei der Fraktionssprechersitzung am 14.09.2017 an die Fraktionen verteilt) beantragte die Freiwillige Feuerwehr die Beschaffung eines Systems zur sicheren Abstützung verunfallter Fahrzeuge sowie die Finanzierung zwei weiterer Führerscheine der Fahrerlaubnisklasse C.

Beide Maßnahmen bieten den Bürgerinnen und Bürgern ein Mehr an Sicherheit. Deshalb spricht sich die Verwaltung für die Bewilligung des Antrags aus.

Die Kosten, die sich auf rund 8.000 € (3.000 € für das Abstützsystem und 5.000 € für die beiden Führerscheine der Fahrerlaubnisklasse C) addieren, könnten aus der allgemeinen Rücklage finanziert werden. Sie beträgt derzeit 64.900 € und kann – ohne die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage in Höhe von 38.575,97 € anzugreifen – jederzeit um diesen Betrag gemindert werden.

Die abschließende Entscheidung liegt aber in den Händen des Gemeinderates. Er wird heute gebeten, über den Antrag zu befinden.

Nach kurzer Diskussion fassen die Mitglieder des **Gremiums** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Beschaffung eines Systems zur sicheren Abstützung verunfallter Fahrzeuge sowie für die Finanzierung zwei weiterer Führerscheine der Fahrerlaubnisklasse C (Sebastian Stockmann und Thomas Reuß) aus der allgemeinen Rücklage Mittel in Höhe von 8.000 € freizugeben.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 7

Schützenverein Kleinrinderfeld – Beratung und Beschluss über den Antrag auf Bezuschussung der Teilnahme an den Bayerischen und Deutschen Meisterschaften 2017

Sachverhalt:

Nachdem dem Schützenverein durch die Teilnahme an den Bayerischen und Deutschen Meisterschaften auch heuer wieder erhebliche Mehrausgaben (Fahrt- und Übernachtungskosten) entstanden sind, bat er die Gemeinde mit Schreiben vom 03.09.2017 (wurde bei der Fraktionssprechersitzung am 14.09.2017 an die Fraktionen verteilt) um einen Zuschuss in Höhe von 2.500 €.

Aus Sicht der Verwaltung steht einer Bewilligung des Zuschusses nichts entgegen. Die überplanmäßigen Ausgaben unter der Haushaltsstelle 0.5500.7093 (Zuschüsse für laufende Zwecke an Sportverbände und -vereine) könnten durch eine Rücklagenentnahme in gleicher Höhe ausgeglichen werden.

Die abschließende Entscheidung liegt aber in den Händen des Gemeindeparlamentes. Deshalb werden die Mitglieder des Gremiums heute gebeten, über den Antrag des Schützenvereins zu befinden.

Nachdem zu dem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen eingehen, ruft die **Vorsitzende** gleich zur Abstimmung auf.

Sodann fasst das **Plenum** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dem Antrag des Schützenvereins zu entsprechen und ihm zur Deckung der durch die Teilnahme an den Bayerischen und Deutschen Meisterschaften 2017 entstandenen Mehraufwendungen einen Zuschuss in Höhe von 2.500 € zu gewähren.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 8

Beratung und Beschluss über die Beschaffung neuer Spielgeräte für den Spielplatz hinter dem Erweiterungsbau der ehemaligen Hauptschule

Sachverhalt:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Gemeinderat beschlossen, zur Beschaffung neuer Spielgeräte für den Spielplatz hinter dem Erweiterungsbau der ehemaligen Hauptschule 15.000 € bereitzustellen.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich Spielgeräte ausgewählt, die es auf den anderen Spielplätzen noch nicht gibt und die sich für die Topografie des Geländes (Hanglage) eignen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Modelle:

- Trampolin „Saturnus“ zum Preis von 3.742,55 € brutto
- Mini-Vogelnest-Karussell zum Preis von 3.915,10 € brutto
- Seiltänzer zum Preis von 3.570,00 € brutto

Nach Abzug der Anschaffungskosten für die Spielgeräte (11.227,65 €) stehen für den Tiefbau und den Fallschutz noch 3.772,35 € bereit.

Wenn der Gemeinderat die Auswahl heute billigt, wird die Verwaltung umgehend die Beschaffung einleiten.

Bei der anschließenden Aussprache im **Plenum** findet der Vorschlag der Verwaltung keine Mehrheit. Nach eingehender Diskussion einigt man sich darauf, die Auswahlentscheidung in die Hände der Kindereltern zu legen und die Kompetenz zur anschließenden Beschaffung auf die Verwaltung zu übertragen.

Die **Vorsitzende** formuliert einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Anschließend fassen die **Mitglieder des Kommunalparlaments** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat legt die Entscheidung über die Auswahl der Spielgeräte für den Spielplatz hinter dem Erweiterungsbau der ehemaligen Hauptschule in die Hände der Kindereltern. Er beauftragt die Verwaltung, das Gespräch mit den Eltern zu suchen und anschließend die Beschaffung nach deren Wünschen vorzunehmen.

Abstimmung: **15 : 0**

TOP 9

Benachrichtigungen und Anfragen

1. Benachrichtigungen der Verwaltung:

1.1 Information über den Abschluss des Klageverfahren zum Feuerwehrgerätehausneubau

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat den Antrag des Herrn Günter Hörner auf Zulassung der Berufung mit Beschluss von 28.08.2017 abgelehnt.

Damit sind das Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 27.03.2014 rechts- und die vom Landratsamt Würzburg erteilte Baugenehmigung vom 05.11.2012 bestandskräftig. Die Verwaltung wird nunmehr mit der Umsetzung des Projekts beginnen.

1.2 Information zur „Zwischenlösung Feuerwehr“

Der Umzug der Freiwilligen Feuerwehr in die Halle auf dem Anwesen „Kirchheimer Straße 74“ und in die dort bereitstehenden Mietcontainer ist mittlerweile erfolgreich abgeschlossen. Das neue HLF 10 wurde in Dienst gestellt. Parallel dazu erfolgte die Abmeldung des alten LF 8.

1.3 Breitbandförderverfahren – Sachstandsbericht

Der Entwurf des Kooperationsvertrags mit der TELEKOM befindet sich aktuell zur sachlichen und rechtlichen Prüfung beim Büro I-KT. Sobald diese abgeschlossen ist, wird er ausgefertigt und unterzeichnet.

1.4 Information zum Bauvorhaben Michael Heck

Herr Michael Heck teilte der Verwaltung mit Schreiben vom 25.08.2017 mit, dass er sein Bauvorhaben bis zur Entscheidung über die Nachbarklage „Josef Mark“ zurückstellen wird. Daraufhin hat die Verwaltung die Ausschreibung für den Bau der Erschließungsstraße wieder aufgehoben.

1.5 Haushalt 2017 – Information zur rechtsaufsichtlichen Würdigung

Die Kommunalaufsicht hat den Haushalt der Gemeinde Kleinrinderfeld für das laufende Jahr mit Schreiben vom 31.08.2017 rechtsaufsichtlich gewürdigt.

Sie genehmigte die Verpflichtungsermächtigung für den Feuerwehrgerätehausneubau, wies in diesem Zusammenhang aber nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinde äußerst angespannt sind und die Verschuldungsgrenze erreicht ist.

1.6 Aktuelles aus der Öko-Modellregion

Die Öko-Modellregion veranstaltet am Sonntag, dem 22.10.2017, in Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsforsten eine Sternwanderung durch den Irtenberger Wald. Angeboten werden Waldführungen zu den Themen Waldgeschichte und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Treffpunkt ist um 10.00 Uhr am Theodor-Linsenbreder-Platz.

1.7 Verabschiedung der Dillinger Franziskanerinnen

Nachdem der örtliche Konvent aufgelöst wurde, werden die Pfarrei und die Gemeinde die beiden zuletzt noch im Konvent lebenden Schwestern am Sonntag, dem 22.10.2017, würdig verabschieden.

1.8 Information zu den bevorstehenden Veranstaltungen der Vereine und Organisationen

23.09.2017	Schützenverein; Federweißenabend
30.09.2017	Kleidermarkt
14.10.2017	Musikverein; Herbstkonzert
15.10.2017	Bund Naturschutz; Herbstwanderung

Bezüglich Zeit, Ort und Ablauf der einzelnen Veranstaltungen wird auf die gemeindlichen Publikationen (Veranstaltungskalender, Nachrichtenblatt) verwiesen. Zu allen öffentlichen Veranstaltungen ergeht von den Vereinen und Organisationen herzliche Einladung.

2. Anfragen aus dem Gremium:

- 2.1 Gemeinderat Christoph **Müller** kommt auf die Verabschiedung der Dillinger Franziskanerinnen zurück und erkundigt sich nach dem Ablauf.

Wir werden Schwester Karin und Schwester Romanita – informiert die **Vorsitzende** – mit einem Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Martin verabschieden. Ihm schließt sich ein gemeinsames Beisammensein in der Turnhalle an.

- 2.2 Gemeinderat Thomas **Scheuermann** kommt auf die, allen Mitgliedern des Plenums am 04.09.2017 per E-Mail zur Kenntnis gebrachte schriftliche Stellungnahme der Sparkasse Mainfranken Würzburg zur Filialschließung zurück und äußert nochmals seinen Unmut.

- 2.3 Der Dritte Bürgermeister Wolfgang **Schölch** fragt nach, ob die Gemeinde Kleinrinderfeld für das zwischenzeitlich wohl verkaufte Flurstück 1567 im Ortskern (ehemaliger Gasthof „Zum Hirschen“) ein Vorkaufsrecht besitzt.

Die **Erste Bürgermeisterin** verneint seine Frage.

- 2.4 In seiner Eigenschaft als Sportvorstand des TSV bittet Gemeinderat Sven **Zipprich** um Auskunft, ob die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Befreiung vom „Wassergeld“ auch die erst in 2017 abgerechneten Verbrauchsgebühren aus 2016 erfasst.

Nachdem die EntschlieÙung vom 18.05.2017 (TOP 10, Ziffer 4) zwei Auslegungsarten zulässt und im Plenum unterschiedliche Standpunkte vertreten werden, legt ihm Gemeinderat Thomas **Scheuermann** nahe, zur nächsten Sitzung einen förmlichen Antrag einzureichen, damit eine beschlussmäßige Klärung erfolgen kann.

Nachdem die Tagesordnung abgehandelt ist und keine weiteren Anfragen vorgetragen werden, schließt die **Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung um **20:20 Uhr**.

Die Vorsitzende:



Eva Linsenbreder
Erste Bürgermeisterin

Die Schriftführerin:



Elisabeth Hümmert
Verwaltungsfachangestellte

Die Niederschrift wurde in der Sitzung vom **16. Okt. 2017** nach Art. 54 Abs. 2 GO vom Gemeinderat genehmigt.



Eva Linsenbreder
Erste Bürgermeisterin